

Konzept für die Integration von Zuwanderern im Landkreis Teltow-Fläming - Entwurf Zusammenfassung der Ziele und Maßnahmen

Inhalt

1	Handlungsfelder	2
1.1	Unterbringung	2
1.2	Soziale Beratung und Betreuung.....	3
1.3	Gesundheitliche Versorgung	4
1.4	Arbeitsmarkt und Ausbildung.....	5
1.5	Bildung.....	6
1.6	Kita-Versorgung	7
1.7	Jugendhilfe für Flüchtlingsfamilien und Familien mit Migrationshintergrund.....	8
1.8	Integration durch Sport.....	9
2	Besondere Zielgruppen	10
2.1	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.....	10
2.2	Senioren mit Migrationshintergrund.....	11
3	Weitere Akteure.....	12
3.1	Netzwerke und Vor-Ort-Unterstützung.....	12
3.2	Verwaltung	13

1 Handlungsfelder

1.1 Unterbringung

Ziele

Die Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber und Flüchtlinge ist mit den bestehenden Kapazitäten abzusichern.

Asylberechtigte sollen so schnell wie möglich mit eigenem Wohnraum versorgt werden.

Maßnahmen

- prioritäre Nutzung von Verbundwohnungen im Falle erforderlicher Kapazitätserweiterungen
- Anbindung der Wohnungen an bestehende Übergangwohnheime, um die soziale Betreuung abzusichern
- Nachnutzung der Wohnungen als preiswerter Wohnraum für alle

- kontinuierliche Akquise von freiem, angemessenem Wohnraum (Wohnungen)
- zentrale Erfassung möglicher Wohnungen
- Kommunikation und Kooperation mit den Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften vor Ort
- Erstellung und Fortschreibung eines Unterbringungskonzeptes unter Berücksichtigung von Flüchtlingsprognosen
- Erarbeitung eines sinnvollen Umzugsmanagements

1.2 Soziale Beratung und Betreuung

Ziele

Die Beratung und Betreuung der Flüchtlinge unterstützt nachhaltig bei den alltäglichen Verrichtungen, der Orientierung in der Gesellschaft und der Anbahnung einer effektiven Integration.

Migranten nutzen die allen Einwohnern zugänglichen Beratungsangebote des Landkreises.

Maßnahmen

- Veränderung des Betreuungsschlüssels (1 Sozialarbeiter auf 80 anstatt wie bisher 120 Flüchtlinge)
- Verstärkung der Jugendarbeit am Standort Luckenwalde
- Aufbau eines dezentralen Beratungs- und Unterstützungsangebots durch die Mobile Flüchtlingshilfe für den Landkreis Teltow-Fläming (auch für Flüchtlinge, die bereits einen Aufenthaltstitel erhalten haben)

- Veröffentlichungen von fremdsprachigen Informationen (englisch, polnisch) auf Handzetteln oder den Internetseiten
- Ansprache der Communitys mit Hilfe der bestehenden lokalen Netzwerke, Kirchengemeinden u. ä.

1.3 Gesundheitliche Versorgung

Ziele

Auf gesunde und gesundheitsfördernde Lebensverhältnisse und gleiche Gesundheitschancen wird hingewirkt. Fachliche Beratung und Aufklärung stärken die Eigenverantwortung und helfen, Gesundheitsrisiken zu vermeiden.

Maßnahmen

Pflichtig

- Stellungnahme in der Bauplanungsphase von Gemeinschaftsunterkünften
- infektionshygienische Überwachung von Übergangwohnheimen für Asylbewerber und Flüchtlinge
- Bekämpfung von Infektionskrankheiten
- Beratung, Aufklärung und Durchführung von Schutzimpfungen
- HIV/AIDS-Beratung und Beratung zu sexuell übertragbaren Erkrankungen
- Beratung zu anderen sexuell übertragbaren Krankheiten
- Tuberkulosebekämpfung und Tuberkuloseüberwachung
- Behindertenberatung
- Vermittlung von Gesundheitshilfen
- Hinwirken auf Frühförder- und Beratungsangebot für Kinder
- Prävention und Früherkennung von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung
- mit dem Schul- oder Kitabesuch vorgeschriebene Untersuchungen,
- Impfberatung, Impfungen
- Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
- zahnärztliche Untersuchung/ Gruppenprophylaxe für Kinder und Jugendliche
- Beratungen, Übungen zur Zahngesundheit in den ÜWH oder im ZÄD
- zahnärztliche Gutachten auf Anforderung des Sozialamts
- psychosoziale Beratung, Suchtberatung

Andere

- Entwicklung eines mehrsprachigen Gesundheitswegweisers für Flüchtlinge (Erläuterung des Gesundheitssystems, Nennung wichtiger Anlaufstellen und Ansprechpartner)
- interkulturelle Fortbildungen der Mitarbeiter
- Einsatz von Dolmetschern oder/und mehrsprachigen Sozialarbeitern

1.4 Arbeitsmarkt und Ausbildung

Ziele

Die zugewanderten Ausländer werden auf die Gegebenheiten des deutschen Arbeits- und Ausbildungsmarktes vorbereitet. Sie erlangen sprachliche und berufliche Qualifikationen und besetzen offene Ausbildungsstellen.

Maßnahmen

- Programme der Agentur für Arbeit und des Jobcenters Teltow-Fläming zur Sprachförderung, Qualifizierung und beruflichen Eingliederung (Integrationskurse freiwillig und verpflichtend, berufsbezogene Sprachförderung, Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung beim Träger - Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein, Perspektiven für Flüchtlinge, EQ-Welcome, Brandenburg – deine Chance)
- weitere Leistungen der Arbeitsförderung
- Ausbildungsvermittlung für Migranten bis 27 Jahre durch die Jugendberufsagentur
- interkulturelle Schulungen der Mitarbeiter
- Informationsveranstaltungen für Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive in den Übergangwohnheimen
- Einstellung von Mitarbeitern mit Sprachkenntnissen bei Jobcenter und Agentur für Arbeit

1.5 Bildung

Ziele

Die Zuwanderer erlernen so früh wie möglich die deutsche Sprache und lernen die Kultur kennen. Das erleichtert die Kommunikation im Alltag und dient als Basis für eine gelungene Integration im Landkreis TF.

Die sprachliche Entwicklung der Kinder wird gefördert, die Schulen öffnen sich interkulturell.

Maßnahmen

- Weiterführung und Erweiterung der Kursangebote Deutsch als Fremdsprache (DaF) im regulären Bildungsprogramm der VHS TF
- Verstetigung von Kursangeboten zur Sprachförderung für Flüchtlinge an Standorten mit Asylbewerberheimen im Landkreis TF
- berufliche Sprachförderung im Rahmen des IQ-Netzwerkes zur Berufsankennung und des Programms „Berufsbezogenes Deutsch“ des Europäischen Sozialfonds und des BAMF
- Gewinnung und/oder Qualifizierung von Sprachdozenten
- Ausbau der Infrastruktur für die Durchführung von Sprachangeboten

Pflichtig

- Einrichtung von Brückenkursen in den Grundschulen
- Förderung der Zusammenarbeit von Eltern, Erziehern und Lehrern
- Sprachförderung in der Grundschule
- Nutzung der obligatorischen Deutsch-als-Zweitsprache-(DaZ)-Förderstunden für die zusätzliche Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund in allen Schulen, bei Bedarf Zuweisung von einer Lehrerwochenstunde für fremdsprachige Schüler über die zurzeit mögliche maximale Förderzeit von vier Schuljahren hinaus
- Förderung von Kindern an der Schule durch Sonderpädagogen und Lehrer

Andere

- integrative Sprachförderung in jedem Unterricht, durchgängige Sprachförderung von der Grundschule bis zum Übergang in den Beruf oder zum Studium
- Fortbildungsmaßnahmen für Grundschullehrkräfte zu DaZ-Fachkräften und zur integrativen Sprachförderung
- mindestens eine Lehrkraft pro Schule in jedem Unterrichtsfach mit DaZ-Qualifikation, Fortbildung obligatorisch
- Nutzung des Unterrichts „Begegnungssprache“ in den Klassenstufen 1 und 2 für das interkulturelle Lernen
- Weitergabe der im Bund-Länder-Kommission-Modellprojekt „FörMig“ erarbeiteten Konzepte und Erfahrungen im Netzwerk
- Nutzung der vorhandenen Fortbildungsangebote zum Thema der praktischen Integration
- Angebot weiterer Fortbildungen nach Bedarf über das LISUM

1.6 Kita-Versorgung

Ziele

Die Familien sollen in einem sensiblen Kontext „ankommen“ und sich willkommen fühlen. Alle Eltern, die einen Platz in der Kindertagesbetreuung (Kita oder Tagespflege) für ihr Kind wünschen, sollen diesen erhalten.

Die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen wird gestärkt.

Die Kommunikation zwischen Familie und Kita auf sprachlicher und kultureller Ebene verläuft erfolgreich.

Maßnahmen

Pflichtig

- Schaffung von Eltern-Kind-Gruppen mit Schwerpunkt Asylbewerber/Flüchtlinge
- Vorhalten von Angeboten der Familienförderung, insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund
- Mitarbeit des Jugendamts in der PSAG Kinder und Jugendliche
- Umsetzung des Bundesprogramms „Sprache & Integration“

Andere

- Nutzung des Bundesprogramms „Willkommen bei Freunden“ (gesamte Kreisverwaltung)
- Vernetzung mit Fachkräften zum Thema Migration
- Teilnahme an den Fortbildungen
- Erfahrungsaustausch mit Fachkräften der „Kita Burg“ aufgrund ihrer Teilnahme am Bundesprogramm „Sprache & Integration“
- Durchführung eines Kunstprojektes für Flüchtlingskinder zur Traumaverarbeitung mit Förderung der Mittelbrandenburgische Sparkasse
- Bereitstellen von mehrsprachigem Material zum Thema „Gesund aufwachsen“, Erstellung eines mehrsprachigen Flyers, der das System „Kindertagesbetreuung“ leicht verständlich erklärt.

1.7 Jugendhilfe für Flüchtlingsfamilien und Familien mit Migrationshintergrund

Ziele

- Schaffung von bedarfsgerechten Angeboten im Rahmen der Hilfen zur Erziehung für Familien mit Migrationshintergrund
- Schaffung einer Willkommens- und Anerkennungskultur in der Jugendhilfe
- Stärkung der Eltern mit Migrationshintergrund
- Verwirklichung des Rechts auf Bildung für junge Flüchtlinge von Anfang an
- Etablierung von Netzwerken zur Integration, Hinwirken auf Kooperation und stärkere Transparenz sowie Vernetzung der bestehenden Strukturen und Fördermaßnahmen im Landkreis
- Vernetzung und Austausch von Jugendhilfe, Sozialamt, Gesundheitsamt und Schulen
- erreichbare traumapädagogische Angebote

Maßnahmen

- Aufbau von ambulanten Hilfen
- Aufbau gezielter Beratungs- und Betreuungsangebote für traumatisierte Kinder und Jugendliche
- Schaffung alternativer Wohnprojekte
- bedarfsgerechte Ausstattung der Träger der Jugendhilfe mit Personal und anderen Ressourcen
- Entwicklung eines Pflegestellen- und Pflegefamilienkonzeptes
- bessere Verzahnung der vorhandenen Angebote zum Spracherwerb
- Verbesserung des Zugangs zum Bildungssystem für jugendliche Flüchtlinge in Kooperation mit der Jugendberufsagentur
- verstärkter überregionaler Erfahrungsaustausch regionaler Netzwerke
- Kooperationen zwischen Jugendamt, KJGD und Sozialamt auf der Basis verbindlicher Standards
- Fortbildungen für Mitarbeiter der Jugendhilfe sowie der Kooperationspartner

1.8 Integration durch Sport

Ziele

Menschen mit Migrationshintergrund werden in den Sport integriert. Die gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen wird gewährleistet. Der Sport schafft Situationen und Anlässe für weitreichende Integration.

Maßnahmen

- Teilnahme an den Kampagnen des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB)
- Beratung und Unterstützung der Sportvereine durch den Kreissportbund
- Teilnahme an Weiterbildungen beim Landeskoordinator des Bundesprogramms zu den aktuellen Entwicklungen
- Umsetzung der Qualifizierungsmaßnahme „Sport interkulturell“, um interessierte und engagierte Menschen für sportbezogene Integrationsarbeit zu qualifizieren und zu unterstützen
- Fortschreibung und Weiterentwicklung der Ziele der Sportentwicklungsplanung 2010 hinsichtlich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
- Erfahrungsaustausche zum Thema Migration im Rahmen der jährlichen Sportgespräche mit den Kommunen des Landkreises

- Information und aktive Ansprache der Zielgruppen zur aktiven Teilnahme am Vereinssport
- Schaffung von Möglichkeiten zur Begegnung und zum Miteinander

- Nutzen der Sportvereine als Netzwerke
- Mitarbeit in kommunalen und überregionalen Netzwerken
- verlässliche Unterstützung durch die politischen Interessenvertreter als Partner und Förderer des Sports

2 Besondere Zielgruppen

2.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Ziele

Ziel ist die Integration eines jeden minderjährigen schutzbedürftigen ausländischen Flüchtlings im Landkreis Teltow-Fläming.

Maßnahmen:

Pflichtig

- Inobhutnahme
- Clearing
- Hilfen zur Erziehung
- Eingliederungshilfe
- Hilfe für junge Volljährige
- Führung der Amtsvormundschaft/Pflegschaft

Andere

- Erfahrungsaustausch mit Landkreisen, die mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bereits Erfahrung haben,
- gezielte Ansprache der Träger der Jugendhilfe zur Schaffung von spezialisierten Angeboten für die Betreuung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen
- Schulung der Mitarbeiter des Jugendamtes durch die RAA Brandenburg (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie)
- Einsatz der Jugendhilfeplanung

2.2 Senioren mit Migrationshintergrund

Ziele

- Integration der älteren ausländischen Senioren in die Gemeinschaft
- Entgegenwirken der sozialen Benachteiligung älterer ausländischer Senioren
- Förderung der selbstbestimmten Lebensgestaltung im Alter
- interkulturelle Öffnung von Beratungs- und Hilfsangeboten
- Überwindung von Sprachbarrieren
- Förderung des Verständnisses für die unterschiedlichen Kulturen
- Pflege und Erhalt der kulturellen Vielfalt
- gleichberechtigte und umfassende soziale und politische Teilhabe

Maßnahmen:

- systematische Förderung des Zusammenwirkens von Familie, Nachbarn, Bekannten, hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfern zum Wohle der in den Kommunen lebenden alt gewordenen und zugewanderten Migranten
- Initiierung von Sprachkursen und Weiterbildungsmaßnahmen
- interkulturelle Öffnung der Altenhilfe und der Gesundheitsversorgung
- Initiierung eines Projektes „Virtueller Dolmetscherpool“
- Einbeziehung älterer ausländischer Senioren in soziale Netzwerke und Förderung des interkulturellen Austausches
- gezielte Kampagnen zur Gewinnung ausländischer Senioren für das Ehrenamt (gemeinsam mit den Kommunen, Vereinen, Verbänden vor Ort)
- Mitwirkung älterer ausländischer Senioren im Kreissenorenbeirat und in den örtlichen Beiräten

3 Weitere Akteure

3.1 Netzwerke und Vor-Ort-Unterstützung

Ziel

Die vorhandenen Netzwerke und Bündnisse werden informiert und gestärkt. Der begonnene Dialog für ein tolerantes und weltoffenes Miteinander unter Einbeziehung aller Menschen unabhängig von Herkunft, Alter, Religion, Hautfarbe und Geschlecht wird fortgesetzt. Herausforderungen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels werden frühzeitig erkannt und in Politik, Verwaltung und bei externen Akteuren thematisiert.

Grundlage dafür ist das Leitbild des Landkreises „Miteinander leben und die Zukunft gestalten“.

Maßnahmen

- Organisation des Runden Tisches Flüchtlingshilfe
- Bereitstellung von aktuellen Informationen zu Entwicklungen, Hilfestellungen und Angeboten für alle Interessenten
- Einbeziehung möglichst aller sozialen Netzwerke und Bündnisse in den Integrationsprozess
- Gewinnen von Partnerschaften für Demokratie aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft zur Fortsetzung des Dialogs
- gemeinsame Projekte, Konferenzen und andere Zusammenkünfte, bei denen sich die Bewohner des Landkreises zur Erreichbarkeit und Umsetzung aller im Leitbild festgehaltenen Ziele verständigen und künftige Aufgaben formulieren
- Zusammenführen von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement
- Nutzen der Förderung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ zur Entwicklung der Partnerschaften für Demokratie, Finanzierung von Projekten im Rahmen des LAP (derzeit 40.000,- €/jährlich)

3.2 Verwaltung

3.2.1 Ziel

Die Beschäftigten der Kreisverwaltung verfügen über eine positive innere Grundhaltung gegenüber allen Menschen. Sie bekennen sich zu einer Kultur des Willkommenseins und gestalten diese.

3.2.2 Maßnahmen

Personalamt

- Anbindung der Integration als Teilaufgabe der Personalentwicklung im Sachgebiet Personal und Organisation
- Schaffung einer zentralen Anlaufstelle zum Thema Integration für beschäftigte Migranten und Führungskräfte
- Erfassung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund oder besonderen sprachlichen Kompetenzen
- Umfrage unter den Beschäftigten mit Migrationshintergrund: Wie kann Willkommenskultur aus Sicht der Betroffenen verbessert werden?
- deutlichere Adressierung von Stellenausschreibungen an Bewerber mit Migrationshintergrund
- Erfassung aller mit Migranten in Kontakt stehenden Stellen der Kreisverwaltung
- Einzelfallprüfung zweckmäßiger Maßnahmen der Personalentwicklung

Öffentlichkeitsarbeit

- Ausbau der fremdsprachigen Informationsangebote im Internet
- Entwickeln eines Angebotes in leichter und damit auch für Migranten verständlicheren Sprache
- Anpassung der Internetseiten für Smartphone-Nutzung

Ausländerbehörde

- Ausbau des mehrsprachigen Informations- und Beratungsangebots
- Informationen über die wichtigsten Themen und aktuelle Änderungen mehrsprachig sowie in einfachem, verständlichem Deutsch, sowohl auf Merkblättern, als auch im Internet
- mindestens Grundkenntnisse einer Fremdsprache als Einstellungsvoraussetzung für neue Mitarbeiter
- Festigung und Ausbau der Sprachkenntnisse aller Sachbearbeiter
- Einführen einer Terminvergabe für Vorsprachen bei der Ausländerbehörde
- Beauftragung der zentralen Service-Stelle der Ausländerbehörde mit der allgemeinen Antragsberatung, Terminvergabe und Aufgaben mit geringem Zeitaufwand
- Vertiefung der Zusammenarbeit mit anderen Ämtern und Behörden
- Erarbeitung eines Weiterbildungskonzepts für die Mitarbeiter der Ausländerbehörde